

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Christiane Brunner, Freundinnen und Freunde zum Bericht des
Umweltausschusses über die Regierungsvorlage (1393 d.B.): Bundesgesetz über ein
System für den Handel mit Treibhausgasemissions-zertifikaten
(Emissionszertifikategesetz 2011 – EZG 2011) (1460 d.B.)

Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissions-zertifikaten (Emissionszertifikategesetz 2011 – EZG 2011) (1460 d.B.) in der Fassung des Berichtes des Umweltausschusses (1393 d.B.) wird wie folgt geändert:

Der letzte Satz im § 21 der Regierungsvorlage lautet wie folgt:

„Die Einnahmen aus Versteigerungen fließen dem Bund zu und sind zweckgewidmet für Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden.“

Begründung

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) steht vor einer maßgeblichen Veränderung. Während die Zuteilung der Emissionszertifikate durch die Nationalstaaten gratis an ihre im ETS enthaltenen Industrieunternehmen erfolgte, müssen die Industriesektoren diese ab 2013 grundsätzlich ersteigern. Stromerzeuger müssen ab 2013 schon 100% ihrer Zertifikate ersteigern. Für andere Sektoren wird es weiterhin teilweise und in abnehmender Menge Gratiszuteilungen geben. Nur Anlagen in Sektoren, die als besonders Abwanderungsgefährdet („carbon-leakage-exponiert“) eingestuft wurden, erhalten weiterhin 100% ihrer Zertifikate gratis.

Die Emissionshandels-Richtlinie der EU wurde dementsprechend novelliert und soll mittels der Regierungsvorlage „EZG 2011“ auch in Österreich zur Umsetzung gelangen.

Laut Regierungsvorlage erwartet der Bund – je nach Marktpreis der Emissionszertifikate - aus dieser Versteigerung jährliche Einnahmen in der Höhe von 210 bis 350 Mio. Euro. Über die Dauer der gesamten Handelsperiode (2013-2020) können also bis zu 3 Milliarden Euro in die Staatskasse fließen.

Für die Grünen ist nichts naheliegender, als dass diese Mittel für Klimaschutz in Österreich verwendet werden – nicht zuletzt, um die mangelhafte Klimawirksamkeit des Emissionshandels insgesamt zu verbessern.

Dies sieht auch die entsprechende EU-Richtlinie vor. Laut Art. 10 Abs. 3 der Richtlinie bestimmen zwar die Mitgliedstaaten die Verwendung der Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate. Mindestens 50% der Einnahmen „sollten“ allerdings für Klimaschutzmaßnahmen (im Sinne der Definition der EU-RL) eingesetzt werden.

Deutschland hat diese Vorgabe übererfüllt und lässt 100% der Einnahmen in einen Klimaschutzfonds fließen. In der österreichischen Gesetzesvorlage fehlt eine Zweckbindung völlig. Mit keinem Wort wird im EZG 2011 spezifiziert, welchem Zweck diese Einnahmen zu Gute kommen sollen.

Angesichts der katastrophalen Klimabilanz Österreichs und der vom Umweltbundesamt prognostizierten weiteren massiven Steigerung unserer Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 würde dieses Geld beim Klimaschutz und für die Förderung von Energieeffizienz dringend benötigt.

Immerhin handelt es sich über die gesamte Handelsperiode um bis zu 3 Milliarden Euro.

Setzte man dieses Geld vernünftig ein, könnte damit die Energiewende in der Raumwärme eingeleitet werden. Würde der Bund diese Mittel zum Beispiel in ein Kesseltauschprogramm für alte Ölheizungen gegen solche auf erneuerbarer Basis investieren, so könnte Österreich in einigen Jahren gänzlich Ölkesselfrei sein. Damit würden VerbraucherInnen erheblich entlastet und CO₂-Emissionen von bis zu 100 Mio. Tonnen eingespart. Dies ist mehr als unsere derzeitige Kyoto-Lücke von ca. 80 Mio. Tonnen. Unterm Strich stiege der Bund aufgrund gestiegener MwSt.-Einnahmen sogar immer noch mit einem Plus aus – von der milliardenschweren Investitionsleistung und entsprechender regionalen Wertschöpfung, die dieses Programm auslösen würde ganz zu schweigen.

Auch Arbeiterkammer-Präsident Dr. Johann Kalliauer forderte angesichts kontinuierlich steigender Energiepreise in einer Presseaussendung vom 9.10.2011: "Diese Mittel müssen zur Bekämpfung der Energiearmut verwendet werden!"

Zuvor hatte die erste Landesenergiereferentenkonferenz die Bundesregierung ebenfalls zu einer 100%-igen Zweckbindung der Einnahmen zu Gunsten von Klimaschutz- und Energieeffizienz aufgerufen. (Beschluss vom 28.9.2011)

Selbst die Industrie stößt in dasselbe Horn. So sprach sich auch der Industrie-Fachverbandsobmann aus der Wirtschaftskammer Manfred Engelmann dafür aus, dass die Mittel als Förderungen für Klimaschutz oder Energieeffizienz zurückfließen sollen (Kurier, 2.9.2011).

The image shows several handwritten signatures and initials in black ink. From left to right, there is a signature that appears to be 'Manfred', followed by a stylized signature, a small 'Z' with a horizontal line through it, and another signature. Below these, there is a large, cursive signature that reads 'Brigitte'.